

Wortespendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 26. März 1930

Nummer 25

Bekanntmachung

Abstimmung über Annahme des Tarifs

Im Gau	Mitglieder Ende des Jahres 1929	Abgegebene Stimmen			Für Annahme des Tarifs stimmten	Gegen Annahme des Tarifs stimmten
		insgesamt	ungültige	gültige		
Bayern	6794	5344	116	5228	3792	1436
Berlin	16044	12033	122	11911	8149	3762
Dresden	3582	3083	30	3053	2395	658
Erzgeb.-Vogtland	2312	1920	26	1894	1524	370
Frankfurt-Hessen	3809	2574	33	2541	1967	574
Hambg.-Altona	3486	2891	41	2850	1622	1228
Hannover	3812	3115	56	3059	2361	698
Leipzig	7066	5162	175	4987	3432	1555
Medlenb.-Vübeck	890	800	10	790	632	158
Mittelrhein	3413	2882	43	2839	2173	666
Nordwest	1844	1463	20	1443	1183	260
Oberrhein	1963	1629	19	1610	1264	346
Ober	3523	2950	34	2916	2190	726
Sippenzigen	1171	1077	16	1061	771	290
Rheinland-Westf.	11039	8755	139	8616	5588	3028
Im der Saale	4157	3505	98	3407	2290	1207
Saargebiet	569	456	4	452	372	80
Schlesien	3298	2818	20	2798	1725	1073
Schleswig-Holst.	1138	898	19	879	731	148
Südrhein	3432	3046	66	2980	2449	531
Württemberg	4491	3832	91	3741	3020	721
Zusammen	86700	70582	1178	69404	49628	19776

An der Abstimmung haben sich 81 Proz. der Stimmberechtigten beteiligt.

Von den gültigen Stimmen erklärten sich 49 628 (= 71,7 Proz.) für Annahme, 19 526 (= 28,3 Proz.) für Ablehnung des Tarifs. Der neue Tarif ist damit gefahrenmäßig angenommen.

Berlin, 24. März 1930.

Der Vorstandsvorstand.

Das Ergebnis der Abstimmung

Laut vorstehender Bekanntmachung des Vorstandsvorstandes haben sich von 86 700 abstimmungsberechtigten Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker an der Abstimmung am 17. März über Annahme oder Ablehnung der in Nr. 19 des „Korr.“ vom 5. März d. J. veröffentlichten Änderungen des Manteltarifs 7 0 3 3 2 oder 8 1 1 1 1 Proz. beteiligt. Davon erklärten sich 71,7 Proz. für und 28,3 Proz. gegen Annahme des Tarifs. Damit sind die Änderungen des Tarifs auch von unsern Verbänden auf sachungsgemäßer Grundlage anerkannt und nach inwäsend erfolgter Abgabe der diesbezüglichen Erklärung gegenüber dem Deutschen Buchdrucker-Verein die Gültigkeit des neuen Tarifs ab 1. April 1930 bis 31. März 1932 rechtskräftig geworden.

Ein kurzer Vergleich des Ergebnisses der diesmaligen Abstimmung über den Tarif mit jenem vor drei Jahren führt zu der Feststellung, daß die Zahl der Beteiligten mit 81 Proz. der stimmberechtigten Mitglieder des Verbandes, wobei die Mitglieder des Gaues Danzig aus tariflichen und die sich auf der Reise befindlichen Kollegen aus wahltechnischen Gründen nicht in Frage kommen konnten, genau gleich geblieben ist. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist diesmal mit 1178, gegen 562 im Jahre 1927, von 0,9 Proz. der abgegebenen Stimmen auf 1,6 Proz. gestiegen; während sich der Prozentsatz der für den Tarif Stimmenden von 67,4 Proz. auf 71,7 Proz. erhöht und jener der gegen die Vereinbarungen Stimmenden von 32,6 Proz. auf 28,3 Proz. zurückgegangen ist. In den einzelnen Gauen ergaben sich im Vergleich zur Gesamtmitgliederszahl und der gültigen Stimmen für und gegen den Tarif folgende Resultate:

Gau	Gültige Stimmen im Verhältnis zu Mitgliederzahl in Proz.	Es stimmten mit	
		Ja	Nein
Bayern	77,5	72,5	27,5
Berlin	74,2	68,4	31,6
Dresden	85,2	78,4	21,6
Erzgebirge-Vogtland	82,0	80,4	19,6
Frankfurt-Hessen	66,6	77,3	22,7
Hamburg-Altona	81,8	59,9	40,1
Hannover	80,2	77,1	22,9
Leipzig	80,4	68,8	31,2
Medlenburg-Vübeck	88,8	80,0	20,0
Mittelrhein	83,2	76,6	23,4
Nordwest	78,3	82,0	18,0
Oberrhein	82,0	78,5	21,5
Ober	83,0	75,2	24,8
Sippenzigen	90,6	73,9	26,1
Rheinland-Westfalen	78,5	64,8	35,2
Im der Saale	84,1	65,5	34,5
Saargebiet	79,4	81,2	18,8
Schlesien	84,8	61,6	38,4
Schleswig-Holstein	77,2	83,2	16,8
Südrhein	86,8	82,2	17,8
Württemberg	83,1	80,8	19,2

Besondere Vergleiche oder Schlussfolgerungen wollen wir aus vorstehender Spezialisierung nicht ziehen. Es kommen für die Einzelergebnisse viel zu unterschiedliche Ursachen, teils wirtschaftlicher, teils örtlicher und organisatorischer Art in Frage, die eine einheitliche Beurteilung ausschließen. Unbestritten kann nur bleiben, daß eine beachtenswerte Mehrheit der Kollegen sich ihrer Pflicht bewußt war, als Verbandsmitglieder von dem Recht persönlicher Mitbestimmung Gebrauch zu machen und ihre Entscheidung so zu treffen, daß auf dem Boden des neuen Tarifs in gegenseitigem Vertrauen innerhalb unsrer Reihen weitergearbeitet werden kann. Angesichts der von sowjetfalschlicher Seite mit Hochdruck und jeder erdenklichen Struempeltigkeit vor der diesmaligen Abstimmung in Wort und Schrift betriebenen Gegenagitation kann das Ergebnis auch nach dieser Seite hin als besonderer Erfolg bezeichnet werden. Die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker haben damit bewiesen, daß sie für die Feinde der Arbeiterschaft von links nicht zu erobern sind. Inwieweit die infolge sozial- und wirtschaftspolitischen Verengens auf Unternehmensseite noch verbliebenen Mängel auf tariflichem Gebiete durch straffere gewerkschaftliche Pflichterfüllung, im eigenen Interesse der in Arbeit stehenden Kollegen und insbesondere zugunsten unsrer arbeitslosen Kollegen aus eigener Kraft und dennoch auf tariflichem Boden abgemildert werden können und müssen, wird demnächst an dieser Stelle noch näher festzustellen und zu erörtern sein.

Keine Lehrzeitverlängerung durch Krankheit

Zu den am häufigsten wiederkehrenden Streitfragen im Lehrverhältnis, mit denen sich besonders unsere Hausgeschäfte zu beschäftigen haben, gehört das von den Lehrherren verlangte Nachlernen wegen Krankheit in der Lehrzeit. Auch der soeben erschienene Jahresbericht der Lehrlingsabteilung geht auf diese Frage ein und verweist auf ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom Anfang dieses Jahres, zu dem eine ausführlichere Begründung bei Wiederkehr dieses Urteils vom 22. Januar 1930 (Allgemeines RWG. 379/1929) vor, dem wir folgendes entnehmen:

Die Gewerbeordnung schreibt in § 130a Abs. 1 für das Handwerk vor, daß die Lehrzeit in der Regel drei Jahre dauern soll und daß sie den Zeitraum von 4 Jahren nicht übersteigen darf. Schon diese Fassung läßt deutlich erkennen, daß unter der Lehrzeit der seit dem Beginn der Lehre laufende Zeitabschnitt ohne jede Rücksicht darauf zu verstehen ist, ob er zur Ausbildung des Lehrlings voll ausgenutzt werden kann. Die Erwägungen, aus welchen die Vorschrift hervorgegangen ist, lassen für eine abweichende Auslegung nicht nur keinen Raum,

sondern unterstützen gerade die dem Wortlaut zu entnehmende Deutung. Die Begründung zum Entwurf der sogenannten Handwerker-Novelle vom 26. Juli 1897, auf welcher der § 130a beruht, bemerkt S. 88/89, die Regelung der Dauer der Lehrzeit sei für die Erziehung des Lehrlings von besonderer Bedeutung; sie müsse unter Berücksichtigung der Art des Gewerbes so bemessen werden, daß sie ausreiche, um dem Lehrling unter normalen Verhältnissen die gründliche Erlernung des Gewerbes zu ermöglichen; andererseits aber dürfe dem Bestreben, die Arbeitskraft des bereits genügend ausgebildeten Lehrlings möglichst lange auszunutzen, nicht Vorzug geleistet werden; die Handwerksämter, welche nach Abs. 2 mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde die Dauer der Lehrzeit für die einzelnen Gewerbe oder Gewerbebezirke festsetzen kann, solle in keinem Falle über 5 — nach dem Gesetz über 4 — Jahre hinausgehen dürfen. Der Gesetzgeber hat hiernach zur Wahrung der Interessen der Lehrlinge eine Höchstdauer der Lehrzeit festgesetzt und bei deren Bemessung den Zeitraum zum Inhalt genommen, welcher unter normalen Verhältnissen zur gründlichen Erlernung des Gewerbes erforderlich ist. Die Vorschrift ist daher als ein Verbot anzusehen, welches auch dann Platz greift, wenn im Einzelfalle abnorme Verhältnisse obwalten, welche den Zeitraum von 4 Jahren für die Ausbildung nicht genügend erscheinen lassen. Den Nachteilen, welche sich in solchen besonders gestalteten Fällen aus der Festsetzung der Höchstdauer für das Allgemeinwohl ergeben können, hat der Gesetzgeber zu begegnen versucht, indem er durch die Einführung der Gesellenprüfung Vorsehungen traf, daß Personen mit unzulänglicher Ausbildung nicht zu Gesellen aufrücken, daß sie hierdurch in der Regel von der Zulassung zur Meisterprüfung ausgeschlossen werden und die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen im Handwerksbetriebe nicht erlangen. (§ 131 ff., § 133 Abs. 3, 129 Abs. 1 GO.) Wie das Gesetz hierdurch die öffentlichen Interessen gegen das Eindringen ungenügend ausgebildeter Kräfte in das Gewerbe geschützt hat, so hat es ferner auch die privaten Interessen der Arbeitgeber an einer ausreichenden Erlernung des Gewerbes durch die Lehrlinge dadurch gewahrt, daß es in § 127b Abs. 2 in Verbindung mit § 123 Nr. 8 GO. dem Lehrherren die Entlassungsbefugnis eingeräumt hat, wenn der Lehrling zur Fortsetzung der Arbeit unfähig ist; eine Vorschrift, die nach Bestehen auch dann anwendbar ist, wenn wiederholte Erkrankung den Lehrling zu einer ordnungsgemäßen Fortsetzung der Lehre außerstand setzt. Der Lehrherr kann deshalb dem Lehrling bei einer veranerbten Lehrzeit von vier Jahren nicht die Verpflichtung auferlegen, nach Ablauf dieser Zeit infolge von Krankheit verlorengegangenen Arbeitswochen durch Fortsetzung der Lehre nachzuholen. Eine Vereinbarung dieses Inhalts ist gemäß § 134 BGB. wirkungslos.

Der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ gefällt dieses Urteil nicht, und sie hebt in Sperrdruck die Bestimmung der Gewerbeordnung hervor, wonach dem Lehrherren die Entlassungsbefugnis eingeräumt wird, wenn der Lehrling zur Fortsetzung der Lehre unfähig wird usw. Weiter schließt sie aus dem Urteil, daß „eine Verlängerung der Lehrzeit selbst dann nicht erfolgen kann, wenn der Lehrling drei Jahre seiner Lehrzeit zum Erlernen seines Berufes verliert“ und rät die Anwendung des fristlosen Kündigungsgesetzes an, „wenn nach längerer Dauer der Krankheit sich bereits mit einiger Sicherheit feststellen läßt, daß der Lehrling zur Erreichung des Zieles einer ordnungsgemäßen Ausbildung nicht in der Lage sein wird“.

So möchten wir das Urteil des Reichsarbeitsgerichts doch nicht ausgewertet wissen. Wenn ein Lehrling einen größeren Teil seiner Lehrzeit durch Krankheit an der Erreichung des Lehrzieles gehindert wird, dann liegt es in seinem eigenen Interesse, das Verfügte nachzuholen. Wogegen wir uns wenden und immer gewandt haben, ist die beschämende Tatsache, daß es Lehrherren gibt, die ein Nachlernen selbst bei geringfügiger Krankheitsdauer verlangen. So mußte unser Verbandsvorstand erst wieder zu Ende des vorigen Jahres für einen Ausgesenkten in einer kleinen ortsbürgerischen Druckerei eintreten, der während seiner vierjährigen Lehrzeit fünf Wochen krank war und deswegen drei Wochen nachlernen mußte. Gegen solch unsoziales Verhalten bietet das oben mitgeteilte Urteil des Reichsarbeitsgerichts einen wirksamen Schutz.

Die Entwicklung der Tariflöhne im Jahre 1929

Die Bedeutung des Arbeitslohnes für das wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes hat es notwendig gemacht, daß die amtlichen statistischen Behörden regelmäßig über die Höhe des Arbeitsverdienstes Zahlenmaterial veröffentlichten. Wie im Verlaufe dieser Darlegungen noch gezeigt werden wird, hatten auch den vom Statistischen Reichsamte herausgegebenen Lohnstatistiken gewisse Mängel an, die in der Schwierigkeit der Materie begründet liegen, was jedoch nicht ausschließt, daß sie trotzdem zur Beurteilung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände von großem Wert sind. Dem Gewerkschaftler sind sie überdies in ganz besonders hohem Grade, denn für ihn stellen sie noch den Gradmesser gewerkschaftlicher Arbeit dar.

Im folgenden sind die tarifmäßigen Stunden- und Wochenlöhne dargestellt, wobei in jeder Berufsgruppe, wie auch bei der Gesamtarbeiterschaft, die Tariflöhne der höchsten tarifmäßigen Altersstufen einschließlich der sozialen Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder Verwendung gefunden haben. Die angegebenen Wochenlöhne sind errechnet, indem der durchschnittliche Tarifstundenlohn mit der Zahl der Wochenarbeitsstunden multipliziert worden ist. Der angegebene Wochenlohn bezieht sich also auf Vollarbeit. Er bietet deshalb für die Beurteilung der Einkommensverhältnisse kein genaues Bild, da Kurzarbeit, Krankheit u. a. in Rechnung zu stellen ist, wenn der Wochenlohn in seiner absoluten Höhe betrachtet wird. Da aber die Preisquelle stets gleich bleibt, ist die Bewegung auch der Wochenverdienste ein verlässlicher Gradmesser dafür, in welcher Richtung sich die Einkommensentwicklung vollzieht. Und nun zur Entwicklung der Tariflöhne. Wir finden sie für die beiden Gruppen „gelernte“ und „ungelernte Arbeiter“ in folgender Statistik dargestellt:

	Gelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter	
	Stundenlohn Pf.	Wochenlohn M.	Stundenlohn Pf.	Wochenlohn M.
1913	88,8	36,14	10,8	23,81
1925 April	85,8	41,88	60,0	31,30
1926 April	96,7	47,14	68,1	35,14
1927 April	100,1	48,41	70,7	36,55
1928 April	103,9	50,35	77,1	38,38
1929 Januar	108,5	49,35	81,2	40,49
1929 April	109,0	52,80	81,7	40,74
1929 Juli	111,5	51,03	83,7	41,05
1929 Dezember	111,9	54,10	84,0	41,80

Zur Errechnung der Löhne für 1913 sind teilweise Durchschnittsverdienste herangezogen worden, während für die späteren Jahre nur die Tarifmäßigen Verwendung gefunden haben, so daß auch hier die Vergleichbarkeit nicht ganz gegeben ist, da zwischen Tariflohn und tarifmäßigem Verdienst gewisse Differenzen „gugunten“ des letzteren anzutreffen sind. Ebenso gelten für die Jahre 1925 und 1926 die Durchschnittslöhne des April, während für die übrigen Jahre der Monatsanfang als Stichtag gewählt worden ist. Sehen wir von diesen oben erwähnten statistischen Unebenheiten ab, so geht aus vorstehendem Zahlenbild doch ganz deutlich hervor, daß sich das deutsche Lohnniveau während der letzten Jahre ständig nach oben entwickelt hat.

Nun sind wir gewöhnt, dabei stets die Teuerung mit in Betracht zu ziehen, da von ihr ja die Höhe des Reallohnes oder der Reallohnsteigerung in entscheidendem Maße bestimmt wird. Sehen wir die tarifmäßigen Stundenlöhne des Jahres 1913 gleich 100 und ziehen zum Vergleich die Steigerung der Lebenshaltungskosten heran, dann erhalten wir ein ungefähres Bild über die Kaufkraftentwicklung der Arbeitslöhne. Die entsprechende Tabelle sieht folgendermaßen aus:

	Tarifstundenlöhne		Lebenshaltungsindez
	Gelernte	Ungelernte	
1913	100	100	100
1925 April	121,7	147,1	136,7
1926 April	140,6	168,9	139,6
1927 April	145,5	173,3	146,4
1928 April	151,0	189,0	150,7
1929 Januar	157,7	199,0	153,1
1929 April	158,4	200,2	153,6
1929 Juli	162,1	205,1	154,1
1929 Dezember	162,6	205,9	152,6

Wie vorstehender Aufstellung zu entnehmen ist, sind die Löhne der Ungelernten prozentual sehr viel schneller gestiegen als die der gelernten Arbeiter, was hauptsächlich dadurch zu erklären ist, daß der ungelernete Arbeiter in der Vorkriegszeit im Lohn sehr tief stand. Mit 40,8 Pf. Stundenlohn oder 23,84 M. Wochenverdienst bei voller Arbeit war auch in den Jahren vor dem Kriege kein üppiges Leben möglich. Hier, also bei denen, die aus dem großen Heer der Arbeit am schiefsten bezahlt wurden, mußte während der Nachkriegsjahre eine ganz intensive gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden, deren Früchte sich ja auch in der Steigerung der Reallohne dieser Gruppe zeigen. Die Löhne der gelernten Arbeiter lagen im Dezember 1929 um 62,6 Proz. über dem Vorkriegsstand, die der Ungelernten um 103,9 Proz., während die Teuerung, soweit sie durch den amtlichen Lebenshaltungsindez ausgewiesen wird, im gleichen Zeitraum um 52,6 Proz. gestiegen ist. Damit ist das Realeinkommen der Vorkriegszeit überschritten. Allerdings ist hier in Rechnung zu stellen, daß der Lebenshaltungsindez nicht mehr als ein getreues Spiegelbild der Teuerungsbewegung angesehen werden kann, was das Statistische Reichsamte durch die Tatsache, daß es neue Haushaltsberechnungen für notwendig hielt, selbst anerkennt. Auf die künftige Gestaltung



Adolf Vogentz †

In den Morgenstunden des 20. März hat einer Abschied genommen, von dem es schelten wollte, als sollte er noch lange zu uns gehören: Kollege Adolf Vogentz in Leipzig. Er wurde am 4. September 1849 als Sohn eines Schriftsetzers in Leipzig geboren, der die Stürme der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in tätiger Anteilnahme durchlebt hatte. Nicht bloß der demokratische und rebellische Geist des Vaters vererbte sich auf den Sohn, sondern auch der Lebensberuf. Nach Beendigung seiner Lehre im Jahre 1867 war Kollege Vogentz in Lössau in Kondition getreten, wo er sich dem Verband der Deutschen Buchdrucker angeschlossen. Er war also ein Zeuge aus jener Zeit, in der der Gedanke einer Zentralorganisation unter den deutschen Buchdruckern zündete und sich langsam verbreitete. Um die Mitte der sechziger Jahre wieder nach Leipzig zurückgekehrt, wurde Vogentz in den Aufsichtsrat der dortigen Produktionsgenossenschaft Deutscher Buchdrucker gewählt, eine Institution, die weniger oder mehr als die erste Verbandsdruckerei anzusehen war. Für das allgemeine Vertrauen, das Kollege Vogentz genoss, sprach ferner seine Teilnahme an der im geheimen erfolgten Konstituierung des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker am 21. November 1878 in Leipzig, womit die sozialistengesellschaftliche Auflösung unserer Organisation durchkreuzt werden konnte. Aber nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Arbeiterbewegung, wozu Adolf Vogentz von Jugend auf realer Anteilhaber war, standen sein Name und sein ganzes Leben aufrecht und treu zur Arbeiterschaft. Manchem Wert hat er aufbauend seine Hilfe geleistet und an der Durchführung tatkräftig mitgewirkt. Ein Vorbild an Pflichttreue und selbstloser Zurückhaltung, aber auch an Überzeugungstreue und Ehrlichkeit der Gesinnung!

Der Bruderstreit zwischen Passifanten und Eisenachern, der in der Frühzeit der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung die Gemüter erhitzte und ihre Stofkraft schwächte, ließ unsern Kollegen Vogentz nicht unberührt. Im Jahre 1879 legte er die Gründung des Leipziger Lokalblattes „Die Fackel“, neben dem „Volksstaat“, dem Zentralorgan der Eisenacher Richtung, durch. Als Mitte 1881 der Kleine Belagerungszustand auf Grund des sogenannten Sozialistengesetzes über Leipzig verhängt wurde, gehörte Vogentz mit den Seinen zu den ersten Ausgewiesenen. Er wandte sich nach Altenburg, wo er ein Plonier des Sozialismus wurde. Die wirtschaftliche Existenz wurde ihm durch das Gewerkschaftsorgan der Huttmacher gestiftet, eines der wenigen Blätter, die von dem Schandgesetz verschont blieben. Als in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes im Altenburger Land der „Leipziger Wähler“ als Kopfblatt eingeführt wurde, übte Kollege Vogentz nebenamtlich und völlig unentgeltlich außer dem Amt des Vertrauensmannes auch das Lokalredaktors neben seinem Seherberuf aus. Nach 16jähriger aufreibender ehrenamtlicher Tätigkeit für die Arbeiterbewegung wandte er sich wieder nach Leipzig. Hier begann für den sich schon den Sechzigern Nähernden ein neuer Lebensabschnitt. Ein tiefgehender Streit zwischen den organisierten Buchdruckern und der „Leipziger Volkszeitung“, der mehr auf parteipolitischem als auf gewerkschaftlichem Gebiet lag, war die Veranlassung, daß sich Adolf Vogentz wieder selbst am Organisationsleben der Leipziger Kollegenschaft beteiligte, die ihm dann auch bald das Amt des Gehilfenkreisvertreter übertrug. Volla 15 Jahre hat er diesen verantwortungsvollen Posten ausgefüllt. Unermüdet und mit voller Hingabe für die Ein- und Durchführung des Tarifs in allen Orten Sachsens gewirkt. Erst im 79. Lebensjahre zog sich der geistig und körperlich noch immer außerordentlich kräftige vom Sektasten zurück. Nicht lange ist es dem Kollegen Vogentz vergönnt gewesen, sich des wohlverdienten Ruhestandes zu erfreuen, zumal er diesen dazu benutzte, wichtige Lebenserinnerungen von parteigeklärtstem Wert niederzuschreiben und zu veröffentlichen.

Nun hat ein sanfter Tod den rastlos tätigen, allezeit frohgemuten Kollegen Adolf Vogentz abgerufen. Ein Kreis an Jahren, aber ein Mann von Bekanntheit, Ausdauer und tiefem Pflichtbewußtsein, so wirkte er bis zum letzten Tage. Trauernd stehen die deutschen Buchdrucker an der Bahre eines ihrer Besten, dessen Leben im Dienst der Arbeiterbewegung aufgegangen ist. Das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt!

der Lohnverhältnisse dürfte der Umstand, daß der Tariflohn schon früher gestiegen ist als die Teuerung, ohne Einfluß sein. Denn es ist ja zur Genüge bekannt, daß die freien Gewerkschaften um Lohnsteigerungen kämpfen, weil von ihnen eine Kaufkraftstärkung mit ihr folgender Konjunkturbelebung zu erwarten ist. Die Kaufkraftstärkung kann aber nur dann eintreten, wenn der Lohn stärker steigt als der Warenpreis.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes betragen die Lohnsteigerungen:

Jahr	der Gelernten	der Ungelernten
1927	8,6 Proz.	12,1 Proz.
1928	6,4 Proz.	8,0 Proz.
1929	3,1 Proz.	3,4 Proz.

Hieraus geht hervor, daß die Lohnsteigerungen im Jahre 1929 geringer waren als in den beiden Vorjahren, worin sich deutlich der Einfluß der schlechten Wirtschaftskondition widerspiegelt. Dazu kommt noch, daß der Lohntiefstand nach der Inflationszeit nunmehr ausgeglichen ist und Lohnsteigerungen nicht mehr mißlos auf die Warenpreise, die sich dem Weltmarkt-Preisniveau angeglichen haben, abgewälzt werden können. In künftigen Lohnkämpfen geht es daher in der Hauptsache um den Unternehmerprofit, weshalb sich die Kämpfe auch schwieriger und hartnäckiger gestalten werden.

In den einzelnen Gewerbezweigen wurden folgende Lohnsteigerungen erreicht:

Gewerbezweig	Lohnsteigerungen für	
	Gelernte	Ungelernte
Papierzeugende Industrie	5,2	5,2
Kartonnagen: männlich	5,2	6,2
Kartonnagen: weiblich	5,6	5,8
Buchdruckgewerbe	4,5	4,5
Baugewerbe	4,8	4,6
Chemische Industrie	4,4	4,6
Brauinindustrie	4,1	4,5
Seil-, Bad- und Teigwarenindustrie	4,1	3,9
Reichsbahn	4,1	5,1

In vorstehenden Gewerben konnten Lohnsteigerungen durchgeführt werden, die über den Durchschnitt des im Jahre 1929 erreichten lagen. Folgende Industrien weisen Lohnsteigerungen auf, die unter dem Durchschnitt liegen:

Gewerbezweig	Lohnsteigerungen für	
	Gelernte	Ungelernte
Steinkohlenbergbau	2,1	2,1
Metallindustrie	2,7	3,2
Textilindustrie: männlich	1,3	1,2
Textilindustrie: weiblich	2,6	1,3

Alles in allem ist zu sagen, daß auch im Jahre 1929 die Löhne trotz schlechter Wirtschaftskondition in fast allen Branchen erhöht werden konnten. Diese Entwicklung ist besonders begrüßenswert, da im gleichen Jahre die Teuerung keine wesentliche Veränderung erfahren hat. Ziel doch der amtliche Lebenshaltungsindez von Januar bis Dezember immer um einige Punkte, von 153,1 auf 152,6. Das sind zweifellos Erfolge, die die deutschen Gewerkschaften errungen haben, ohne daß noch gesagt zu werden braucht, daß sie zu gering sind im Vergleich zu dem, was sie fordern und die Wirtschaft auch tragen kann.

Volksvermögen und Volkseinkommen

Im Leben eines Volkes ist genau so wie im privaten Leben des einzelnen das verfügbare Vermögen und die Höhe des Einkommens bestimmend dafür, welchen Anteil ein Volk, als Ganzes gesehen, an den Errungenschaften von Zivilisation und Kultur hat. Die Gewerkschaften haben im Gesamtfragen von Volksvermögen und Volksvermögen zwei Aufgaben zu erfüllen. Die erste liegt in der Richtung, allen Gliedern des Volkes, vornehmlich aber denen, die durch ihrer Hände und Hirne Arbeit die Wirtschaftswerte erschaffen, eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung am Wirtschaftsertrag zu sichern. Es hat diese Aufgabe gewiß nichts mit jenem naiven Teilungssystem zu tun, das von minderbegabten Reaktionsären als Kernpunkt des freigewerkschaftlichen Kampfes hingestellt wird und dann widerlegt wird, wozu ebensowenig Mut wie Wissen notwendig ist. In Wirklichkeit ist es so, daß nur in dem Maße, wie es gelingt, den arbeitenden Menschen am Volkswohlstand zu beteiligen, auch die zweite Aufgabe, nämlich das Volksvermögen und das Volkseinkommen zu steigern, gelöst werden kann, denn die Arbeitskraft ist der wichtigste Produktionsfaktor, dessen Leistung in entscheidendem Maße von seiner Pflege abhängt.

Wie steht es nun um die Höhe des Volksvermögens? Zunächst die absoluten Ziffern, wie sie in einer von der Dresdener Bank herausgegebenen Schrift „Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt“ angegeben sind. Dazu ist zu bemerken, daß die Zahlen sich auf Vorkriegsrechnungen beziehen, also die durch die gestiegene Teuerung eingetretene Entwertung des Geldes schon berücksichtigt ist. Es betrug das Volksvermögen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den wichtigsten europäischen Ländern:

Land	Insges. in Milliard. Reichsmark			pro Kopf der Bevölkerung in 1000 Reichsmark		
	1913	1914	1928	1913	1914	1928
Vereinigte Staaten	831	1262	8,6	10,5		
England	289-293	304	6,3-6,4	6,7		
Deutschland	310	250	4,6	3,9		
Frankreich	240-245	212	6,0-6,1	5,2		
Schweden	19-20	28	3,4-3,6	4,7		
Schweiz	24-25	33,5	6,2-6,5	8,3		
Polen	—	50,5	—	1,8		
Rußland	280	148	1,7	1,0		

1913 1914 heutiges Geld.

Die Statistik unterscheidet bei den Berechnungen über das Volkvermögen Länder mit passivem und aktivem Investitionssaldo. Zu den ersteren gehören die Staaten, bei denen der Besitz von Ausländern an den heimischen Vermögenswerten größer ist als die eigene Auslandsbeteiligung. Ein typisches Land mit passivem Investitionsaldo ist Deutschland, dessen Gesamtbesitz auf etwa 390 Milliarden Mark (heutigen Geldwertes) zu beziffern ist, wovon aber rund 60 Milliarden als Auslandsbesitz in Abzug zu bringen sind. Diese setzen sich zusammen aus 35 Milliarden Gegenwartswert der Reparationszahlungen und 15 Milliarden Mark privaten Schuldverpflichtungen. Die übrigen, in obiger Statistik aufgeführten Länder verfügen, mit Ausnahme von Polen und Rußland, über größere Auslandsbeteiligungen als Auslandsverpflichtungen. Der Aktivsaldo beträgt für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 60 bis 65 Milliarden Mark, für Frankreich 40 bis 50 Milliarden, die Schweiz 6 bis 7 Milliarden und für England, das in seinem riesigen Kolonialreich gewaltige Summen angelegt hat, 80 bis 85 Milliarden Mark.

Aber das größte Volkvermögen, sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung, verfügen die Vereinigten Staaten von Amerika. In Europa steht die Schweiz mit rund 8300 M. pro Kopf der Bevölkerung an der Spitze. Ihr folgt England mit 6700 M., und dann erst kommt Deutschland mit etwa 3900 M. Unter dem deutschen Satz liegen die östlichen Staaten (Polen, Rußland, russische Randstaaten), die Balkan- und Donauländer, während in Dänemark, Belgien und Holland das Volkvermögen die deutsche Summe um einiges übersteigt.

Besonders sind auch die Verschiebungen zwischen 1913 und 1928. In den Ländern, die den Krieg gewonnen haben, so in Amerika und England, ist der Vermögensanteil je Einwohner gestiegen, während er in Frankreich einen starken Rückgang zeigt. Deutschland und Rußland weisen ebenfalls eine starke Minderung auf, während alle neutralen Staaten ihr Vermögen absolut, wie auch pro Kopf der Bevölkerung erheblich zu steigern vermochten.

Und nun zum Volkseinkommen. Auch hier finden die Zahlen Verwendung, die die Dresdner Bank der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat. Danach betrug das Volkseinkommen im Jahre 1928

	insgesamt in Mill. Reichsmark	pro Kopf der Bevölkerung Reichsmark
Vereinigte Staaten	373 615	3113
Holland	12 000	1584
England	71 605	1567
Schweiz	5 913	1473
Norwegen	3 543	1337
Dänemark	4 000	1144
Schweden	6 750	1107
Deutschland	68 500	1077
Frankreich	50 472	960
Belgien	6 993	885
Tschchoslowakei	9 078	630
Österreich	3 958	593
Polen	9 401	317
Rußland	49 500	325

Für Holland, die Schweiz, Belgien, die Tschchoslowakei und Polen stammen die Schätzungen aus dem Jahre 1927. Das höchste Volkseinkommen in jeder Beziehung hat das reiche Amerika. Es entfällt dort auf den Einwohner der ungefähr doppelt so hohe Betrag als in Holland, dem Lande, das in Europa im Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung an der Spitze steht. An zweiter Stelle unter den europäischen Ländern finden wir Großbritannien mit 1567 Reichsmark. Die Schweiz weist den ebenfalls sehr hohen Satz von 1473 Reichsmark auf. Deutschland steht mit

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Karl Silber in Heidelberg

Eingetreten: 27. März 1880 — Buchdruckerei Klose & Silber in Heidelberg



Wilhelm Frömke in Berlin
Eingetreten: 28. März 1880
Fickert & Co. in Berlin



Hermann Löwe in Dresden
Eingetreten: 27. März 1880
Jecht Invalide



1077 Reichsmark in Europa an siebenter Stelle. Außer Holland, Großbritannien und der Schweiz liegen die Einkommenssätze pro Kopf der Bevölkerung in den nordischen Staaten Schweden, Dänemark und Norwegen höher als bei uns. Trotzdem das Volkvermögen je Einwohner in Frankreich ungleich höher ist als bei uns, liegt in diesem Lande das Einkommen pro Kopf mit 885 Reichsmark um 192 Reichsmark tiefer als in Deutschland. In den östereichischen Nachfolgestaaten und den osteuropäischen Ländern liegt der Einkommenssatz je Einwohner erheblich tiefer als in Deutschland. Den Rekordtitel weist Polen mit 317 Reichsmark auf, der nur noch von Litauen und Bulgarien unterschritten wird.

Vergleicht man das Volkseinkommen mit den Vermögenswerten der betreffenden Volkswirtschaften, so ergibt sich, daß das Volkseinkommen im Durchschnitt 10 bis 20 Proz. des Volkvermögens beträgt. Der Prozentsatz ist in den Ländern am höchsten, die eine hohe Vermögensquote

je Kopf der Bevölkerung aufweisen. Das erklärt sich aus der Produktivkraft des in Maschinen und Anlagen investierten Kapitals, dessen Zweck es ja ist, neue Wirtschaftswerte und somit neues Volkvermögen zu erzeugen.

Der während der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu beobachtende Wandel, daß sich das wirtschaftliche Schwergewicht der Welt von Europa nach Amerika verlagerte, tritt auch in der Gestaltung des Volkseinkommens deutlich zutage. Das erhellt folgendes Zahlenbild, in dem der prozentmäßige Anteil der einzelnen Weltteile am Welt-einkommen dargestellt ist. Daran waren beteiligt:

	Vor dem Kriege		1928
Europa	50 Proz.	40 Proz.	
Amerika	30 Proz.	40 Proz.	
übrige Weltteile	20 Proz.	20 Proz.	
Zusammen	100 Proz.	100 Proz.	

Aus dieser Aufstellung geht deutlich hervor, daß in der Einkommensgestaltung das alte Europa von dem jungaufstrebenden Amerika weit überflügelt worden ist. Die Gründe hierfür haben schon des öfteren Erwähnung gefunden. Amerikas Volkseinkommen wuchs so schnell, weil es ein großes Wirtschaftsgebiet ist, im Gegensatz zu dem wirtschaftlich balkaniserten Europa, aber auch, weil in diesem Lande zuerst erkannt wurde, daß der Arbeitslohn nicht nur ein Inflationsfaktor im Produktionsprozess ist, sondern ihm hohe Konjunktur- und wirtschafts-beklebende Wirkungen innewohnen. Diesem Moment zum Durchbruch zu verhelfen und damit die Voraussetzungen für steigenden Volkswohlstand zu schaffen, ist eine Aufgabe, die in Europa zu lösen, die Gewerkschaften übernommen haben.

Korrespondenzen

Hittenburg. Inre Bezirksversammlung am 15. März war gut besucht. Vorsitzender Reichardt widmete dem verstorbenen Mitmeister der schwarzen Kunst, Kollegen Albin Maria Waskulit, ehrende Worte des Gedankens; die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Dann konnten die Kollegen Arno Müller zur 40jährigen und Otto Krüger zur 25jährigen Verbandszugehörigkeit beglückwünscht werden. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge gab der Vorsitzende den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz (die Tarifverhandlungen betreffend). In der Diskussion wurden allseitig die schwierigen Verhandlungen anerkannt und lebhaft bedauert, daß besonders in der Arbeitszeitfrage kein Erfolg erzielt worden ist. Trotz des minimalen Ergebnisses wurde, hingesehen auf die wirtschaftliche Lage, die Annahme des Tarifs bei der Urabstimmung empfohlen. Im weiteren wurde über die diesjährigen Wahlfeiertage wie vorjährig Beschluß gefaßt. Nach Anhören verschiedener Kartellberichte gab der Vorsitzende bekannt, daß hier am 21. bis 22. Juni das „Fest der Arbeit“ stattfinden, zu dem zahlreiche Beteiligung erwartet wird. Unter „Beschleidenen“ kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache.

Wohlm. Inre Bezirksversammlung am 15. März in Hannes-Gidel war trotz der wichtigsten Tagesordnung nur mäßig besucht. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles konnte dem Kassierer für gute Führung der Kassengeschäfte einstimmig Entlastung erteilt werden. Dem Bericht über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen folgte die Versammlung mit Interesse. Wenn auch die unglückliche Regelung der Ortszulassung gerade für unsern Bezirk berechtigter Kritik auslöste und zur Abweisung eines Protestes führte, wurde doch unsern Schülfern vertreten für die geleistete Arbeit Anerkennung gezollt. Dank unvser starken Organisation war es den Prinzipalen auch bei den diesmaligen Verhandlungen nicht möglich, ihre Verschlechterungsanträge zur Durchführung zu bringen. Nachdem noch der Ort für die nächste Bezirksversammlung festgelegt war, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Reisen im Ausland*

Die Arbeiterschaft als erdumfassende und zukunftsgerichtete Klasse ist heute so gewachsen in Erkenntnis über die Natur, daß nur noch die Erde die Heimat sein kann. Ihr Ziel, ihr Streben ist weltumfassend. Die große Heimat, unsere Erde, ist nicht allein durch Völker oder Vorträge zu gewinnen. Sie muß erobert werden wie das Land seine kleine Welt erobert. Dieser Eroberung liegt vor allem das Wandern und Reisen voraus. Da nun auch das Wandern und Reisen in unsern Reihen steigt und besonders durch die heutige wirtschaftliche Not einen besonderen Platz einnimmt, ist die Aufgabe, auch darüber zu sprechen.

Was ist der eigentliche Sinn des Wanderns? Viele treibt Neugier und Heimatstreben, Schönheitsdurst und Freiheitsinn hinaus in die Welt. Frei von Sklaverei heimlicher Gewohnheit, frei von Fesseln des Erwerbslebens macht das Reisen. Doch steckt in dieser Keiselust manch anderer Antrieb unfres Innern. Alle Kollegen, die ihre Wanderzeit beendet haben, sind kritisch gegen all das, was sie in der Zeit vor ihrer Wandererschaft erlebt haben. Das „Alte“, Dergebrachte, Eingeweihte, Bekannte haben sie von sich abgestoßen. Selbständiger im Denken und freier als je im Handeln sind sie geworden. Sie haben ein „Weltbild“ gewonnen, in welchem Nahes und Fernes zu einer neuen, guten Heimat wurde. Vielen dieser wandernden Kollegen ist diese neue Heimat noch zu klein. All das Nächtstliegende haben sie durch ihre Wanderfahrten lang-

sam zusammengeschlossen. Aber größer muß in ihnen die neue Heimat werden. Oft stehen sie an den Grenzen; was aber darüber hinaus, bleibt ihnen unerkannt, verschwommen, rätselhaft. So überfällt sie „Sehnsucht“ — heimatsstrebender Geist —, treibt sie über die Grenzpfähle, um sich die ganze Erde zur Heimat zu erwerben.

Die Erde ist unerschöpflich groß, die Menschheit über alles Wissen vielgestaltig. Raum die Grenzen überschritten, tut sich den Wanderern trotz ihrer Bereitschaft und aus Völkern Studierten das „Neue“ auf. Abgesehen von allen „Schönheiten“ und „Senswürdigkeiten“, umspiegelt sie eine neue Gefahr. Sie sind nicht die vielen „jungenmännlichen Gebildeten“, die heute mit gefüllter Brieftasche fremde Länder durchreisen. Sie gehören auch nicht zu denjenigen, die tagsüber mit ihren Klappertasten um Museen und Denkmäler herumhüpfen und abends bei Jazzklängen den Sonnenuntergang bewundern. Es kommt für sie die große Enttäuschung.

Nicht alle Länder sind in Kultur und Willen des Sozialismus wie Deutschland. Militärische Machthaber und andre Kulturlaboratorien der Fürsten verschiedener Länder sind für die heutigen Wanderer die größte Gefahr. Auf diesen und weit andern Gebieten sind mancherlei Schwierigkeiten vorhanden, die dem friedlichen Wanderer der Arbeiterschaft entgegensteht. Nicht oft genug kann darum auf Warnungen der Verbandsleitungen hingewiesen werden. Im Interesse vieler und besonders derjenigen Kollegen des In- und Auslandes, die unsre gut gelungene Orient- und Balkanfahrt verfolgt haben, möchten wir unsre in Nr. 21 des „Korr.“ geführte Verhaftung wegen Spionage etwas genauer hier schildern. (Eingehende Berichte werden wir später in dem Buch „Europa im Sonnenschein und Schatten“ der Kollegenschaft unterbreiten.)

Wir kamen in Uzice, einem kleinen Städtchen in Serbien, an. Der Winter hatte in vollem Umfang seinen Einzug gehalten. Überall, wohin unsre Augen schweiften, Schnee und Eis. Die armen Kroaten und Serben mit ihren kumpeligen Kleidern, durch die der Wind des „kleinen Sibiriens“ — wie ihn die Serben nennen — segte, eilten und hüfteten über die Straßen, um auf dem schnellsten Wege aus dieser grimmigen Kälte zu kommen. Die Karwanen (Kaffeehändler) sind überfüllt. Der Markt fließt in Strömen, denn Schnaps ist bei den Serben das einzig betriebende Mittel gegen die Kälte.

Frohgemut über die herrliche Winterlandschaft und vor allem über das gute Frühstück, das uns ein Bauer in der Morgenfrühe zugefickt hatte, zogen wir auf das Postgepräbium, um unsre Ankunft zu melden. Nach einer zweistündigen Wartezeit wurden wir dem dortigen Kommandanten zugeführt. Die eingehende Untersuchung unsrer Pässe führte, da diese in Ordnung waren, zu keinen Schwierigkeiten. Ein freundliches Entgegenkommen von seiten des Kommandanten wurde uns bei unsrer Ankunft nicht zu teil. Deutlich sprechen konnte er nicht. Ein Kollege von uns verfuhrte, in französischer Sprache eine Verständigung herbeizuführen. Auch dies führte zu keinem Ergebnis. Auf Serbisch redete er uns alles mögliche vor, aber alles ohne Erfolg. Schließlich kam dem Herrn Kommandanten die ganze Unterhaltung zu dumm vor. Er drückte auf die elektrische Klingel, ein Postgebeamter trat ein und forderte uns auf, mitzukommen. Nun ließen wir hinter dem Beamten her wie Hunde. Keiner wußte, was eigentlich los war. Wenige Minuten später fanden wir vor dem Militärkommando. Ein höherer Offizier der deutsch sprachig konnte, erklärte uns, auf Antrag des Kommandanten müßten wir wegen „Spionageverdachts“ einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden. Unser sämtliches Gepäck wurde untersucht. Als man auch hier zu keinem Ergebnis

* Auf Veranlassung des Verbandes der graphischen Arbeiter Jugoslawiens brachten wir in Nr. 21 des „Korr.“ eine Rundschankung, betitelt „Vorlicht beim Reisen in Jugoslawien“. Zur Ergänzung bzw. Klarstellung der in jener Rundschankung enthaltenen von vier deutschen reisenden Kollegen wegen Spionageverdachts abweichend von einer der daran Beteiligten vorkommende Zeilberuung. Die Schriftleitung.

Bremen. Hier haben sich ab 1. Januar 1930 die vier graphischen Verbände zu einer festen Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen „Graphischer Bund, Ortsgruppe Bremen“ zusammengeschlossen. Anschriften und Auskünfte sind zu richten an: Heinrich Bödenträger, Bremen, Kornstraße 112, II.

Darmstadt. Unsere Bezirksversammlung am 12. März nahm Stellung zum Ergebnis der Manteltarifverhandlungen. Sie hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Bezirksvorsitzender Wolfka z berichtete über die Bezirksvorlehrenkonferenz in Mannheim und zeichnete dabei ein Bild der schwierigen Verhandlungen, die mit scharfen Zusammenstößen unserer Tariforganisationen verbunden waren. Alle Beschäftigungsanträge konnten abgewehrt und immerhin beachtenswerte Erfolge erzielt werden. Im Hinblick auf die große Krisenzeit kam erst ermessend werden, daß unsere Gehilfenvertreter alles aufboten, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Nach dem Hinweis die Kollegenschaft möge anlässlich der Urabstimmung objektiv abwägen, folgte der Redner seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Eine lebhafteste Aussprache folgte ein und hielt sich im Rahmen des Gehörten. Die Bezirksversammlung machte sich die Entschließung der Bezirksvorlehrenkonferenz zu eigen.

Dortmund. Am 16. März fand hier eine sehr gut besuchte außerordentliche Bezirksversammlung statt, die zum Ergebnis der Manteltarifverhandlungen Stellung nahm. Der große Saal der „Röhrenhalle“ vermochte die Erschienenen kaum zu fassen. Zunächst wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Unter „Geschäftlichem“ wies der Vorsitzende auf die zum Ostertermin übliche Lehrlingeinstellung hin. Die Verammlung beschloß, darüber zu wachen, daß in diesem Jahre die Staffei nicht überschritten wird. Für restlose Ausführung sei der Deutsche Buchdrucker-Verein schon eifrig besorgt. Darauf referierte Kollege Käthe über die Manteltarifverhandlungen. In anschaulicher und sachlicher Weise besprach er den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen und beleuchtete die diesmalige Taktik der Unternehmer. Ein wenig erregtes Kapitel sei die Regelung der Ortszuschläge für Rheinland-Westfalen. Leider erfolgt dadurch auch in unserem Bezirk bei zwei Orten eine Herabsetzung um 2 1/2 Proz. Er kam zu dem Schluß, daß wir zwar keinen Sieg errungen, die Unternehmer aber auch nicht. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit sei unser Antrag allerdings nicht verwirklicht worden. Gerechte Würdigung der geleisteten Arbeit unserer Vertreter, Berücksichtigung der schwierigen Verhandlungen und aller Umstände legten uns trotzdem die Pflicht auf, dem abgefohlenen Tarif unsere Zustimmung nicht zu verweigern. Die nun einsetzende Debatte war teilweise äußerst lebhaft und leidenschaftlich. Es beteiligten sich daran 29 Kollegen. Die Vertreter von Costrop-Rauzel schilderten die jahrelangen Kämpfe um eine höhere Einstufung dieses Ortsvereins. Statt dessen erfolgte jetzt sogar eine Herabsetzung des Lokalaufschlages um 2 1/2 Proz. Die Mittelstadt liege eingeteilt zwischen den Großstädten des Industriegebietes. Dadurch sei es bedingt, daß die dortigen Kollegen unter den gleichen Teuerungsbedingungen leben müssen. In der Herabsetzung des Lokalaufschlages für diese Orte erblickten die Redner einen Rückschritt. Die Neueinregulierung der Wohnungsmieten bringe eine merkbare Erleichterung. Ein besonders wunder Punkt sei die Ablehnung unseres Antrags zur Arbeitszeitverkürzung. Geradezu freivol müsse man es nennen, wenn hierzu von Prinzipalsseite besapnet worden sei, unser Verband mache sich damit zum Exponenten politischer Machtkämpfe. Diese Behauptung sei nicht erst zu nehmen, wenn sie von Leuten gemacht würde, die selbst stets Wachposten getrieben hätten und für das Schicksal der Arbeitslosen kein Verständnis besäßen. Der Experte der Drucker unterzog die Sonderbestimmungen dieser Berufsgruppe einer besonderen Beleuchtung. Der neue Tarif bringe keine Besserung der bisherigen Zustände in den Maschinenfabriken. Mit zwei Ausnahmen waren sämtliche Debattehelden einmütig der Auffassung, daß die Gehilfen diesen Tarif ablehnen müssten. Der Vorsitzende ermahnte in seinem Schlusswort zur objektiven Würdigung der Arbeit unserer Gehilfen-

vertreter und wies deren Verunglimpfung entschieden zurück. Unter „Berühmtem“ wurden die Preisträger des Wettbewerbs für die Verbandsdrucksachen betannggeben. Das Verhalten der Bewegungsbetriebsleitungen in Solingen und Düsseldorf wurde erörtert. Der Düsseldorfer Bezirksvorsteher konnte auf der letzten Konferenz über interessante „Truppenveränderungen“ berichten. Selbstverständlich war auch dort der Boden für Solinger Streikbrecher zu heiß. Zum Schluß wurden noch interne Angelegenheiten erledigt.

Eilenburg. In unserer gut besuchten Versammlung am 11. März referierte unser Bezirksleiter Kiebenska H. (Salle) über die Tarifverhandlungen. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß man über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen keine Befriedigung empfinden könne, und es wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: „Unter Berücksichtigung der schwierigen Lage sehen sich die Mitglieder des Ortsvereins Eilenburg im Verband der Deutschen Buchdrucker aufgerstanden, sich mit dem Ergebnis der Manteltarifverhandlungen einverstanden zu erklären und lehnen daher das Ergebnis ab. Besonders wichtig erscheint ihnen, daß der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln geführt wird. Dazu ist die Arbeiterschaft durch den Verband und den DGB, mit aller Energie zu mobilisieren.“

Eisenach. In unserer hier abgehaltenen, von etwa 200 Kollegen besuchten Frühjahrss-Betriebsversammlung am 16. März referierte Vorsitzender Mücke über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen. Der Referent, der an der vorausgegangenen Bezirksvorlehrenkonferenz in Weimar teilgenommen hatte, zeichnete auf Grund der dort genommenen Eindrücke in scharfzüngigen Äußerungen das wahre Gesicht der Prinzipalsanträge. Es sei schon an sich ein Erfolg, wenn es unsern Unterhändlern in heißem Kampfe gelungen sei, die Beschäftigungsanträge der Gegner aus dem Prinzipalslager abzuwehren. Indem er zum Schluß das Erreichte herausstellte, forderte er die Kollegen auf, bei der Urabstimmung mit „Ja“ zu stimmen. In der sich anschließenden Aussprache wurde besonders starkes Mißfallen darüber geäußert, daß es trotz der katastrophalen Arbeitslosigkeit nicht gelungen sei, im Interesse unserer Erwerbslosen eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen; ebenso scharfe Kritik erfuhr die neue Bestimmung bezüglich der Bezahlung des Urlaubs bei Vertikalarbeiten. In seinem Schlusswort ging Kollege Mücke noch einmal auf die sachlich geäußerten Einwände ein. Er empfahl allen Kollegen, die noch irgendwelche Bedenken hätten, bevor sie ihre Stimme in die Waagschale zu werfen gedächten, den Zeitartikel im „Korr.“ vom 15. März noch einmal in aller Ruhe zu lesen. Die Geschäftsberichte und der Kassenericht wurden entgegengenommen, dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig per Akklamation wiedergewählt. Ferner wurde beschlossen, den nichtbezugsberechtigten und ausgesteuerten Arbeitslosen sowie den nicht-bezugsberechtigten Inwaliden in der Woche vor Ostern eine Osterbeihilfe von 10 M. aus der Bezirkskasse zu zahlen. Eine an die Adresse des Volksbildungsamministers Dr. Frid gerichtete Entschließung wegen des beschleunigten Abbaues der Berufsschule fand einstimmige Zustimmung. Die nächste Bezirksversammlung soll wiederum in Eisenach stattfinden.

Eisenach. In unserer Versammlung am 15. März sprach Bezirksleiter Kiebenska H. (Salle) über die Manteltarifverhandlungen und die Bezirksleiterkonferenz. Die gut besuchte Versammlung nahm mit Interesse von den Berichten Kenntnis und brachte ihre Unzufriedenheit über den Mißerfolg in der Frage der Arbeitszeitverkürzung in folgender Entschließung zum Ausdruck: „Die am 15. März im Volkshaus“ tagende Versammlung nahm den Bericht über die Manteltarifverhandlungen entgegen und bebauert tief, daß die im Interesse der Arbeitslosen notwendige Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingetreten ist, erwartet aber von den berufenen Vertretern, daß sie jederzeit diese Forderung erneut erheben. Im übrigen stellt sich die Versammlung auf den Boden der Entschließung der Bezirksleiterkonferenz vom März 1930.“

Erlangen. Unsere gut besuchte Bezirksgeneralversammlung fand am 16. März in Forchheim statt. Sämtliche Bezirksorte waren vertreten. Vom Vorsitzenden Pfister wurde zunächst für den erkrankten Kassierer Eriker der Kassenericht erstattet. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß im verflochtenen Jahr das Organisationsleben im Bezirk recht rege verlief. Unter der Arbeitslosigkeit hatte besonders Erlangen zu leiden, wo ein Viertel der Kollegen längere Zeit arbeitslos war. Die Berichte der einzelnen Orte ergaben, daß noch manches zu tun übrig bleibt. Sodann erstattete der Vorsitzende einen sehr eingehenden Bericht über die Bezirksvorlehrenkonferenz, die eine Aussprache über den neuen Manteltarif gepflogen hat. Am Schluß seiner Ausführungen betonte er, daß noch niemals ein Tarif unter so ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen abgefohlen wurde wie dieser und daß es trotzdem möglich war, alle Beschäftigungsanträge der Prinzipale abzuwehren. Er hoffe deshalb, daß die Kollegen dem neuen Tarif ihre Zustimmung geben. Bei Vornahme der Wahl wurde die bisherige Bezirksleitung per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurde Kollege Hudenrich als Bezirkslehrlingsleiter. Des weiteren wurde einmütig beschlossen, die Bezirkskassenzinsfußstafel ab 31. März d. J. aufzulösen. Schließlich fanden noch verschiedene interne Angelegenheiten ihre Erledigung.

Kempten i. Nögau. Der Besuch unserer Frühjahrss-Betriebsversammlung am 16. März war zufriedenstellend, wenn auch der Ortsverein Kempten einen besseren Besuch hätte aufbringen können. Eingeleitet wurde die Tagung durch zwei wirkungsvolle Höre der „Typographia“ (Kempten). Bezirksvorsitzender Müller begrüßte die Erschienenen und nahm sodann in ausführlichem Referat Stellung zum Ergebnis der Tarifverhandlungen. Seine Ausführungen gipfelten in dem Dank an die Gehilfenvertreter für ihr mannhaftes Eintreten für unsere Belange und empfahl den Kollegen, dessen eingehend zu sein bei der Urabstimmung. Die Diskussionsredner stimmten meist mit diesen Anschauungen überein, wenn auch gewünscht wurde, daß im Interesse der Arbeitslosen eine Ar-

beitszeitverkürzung erwünscht gewesen wäre. Es folgte noch die Abwidlung interner Angelegenheiten. — Nach Schluß des geschäftlichen Teils hielt eine schijnliche Streichkapelle, abwechselnd mit Gesangsvorträgen der „Typographia“, die Kollegen mit Familien noch geraume Zeit beisammen, nachdem die Abendglocke unsere auswärtigen Freunde entfiel. Auf Wiedersehen in Sonstheim!

Roburg. Unsere Frühjahrss-Betriebsversammlung fand hier am 16. März statt. Der Gelangverein „Graphia“ (Roburg) begrüßte durch einige Höre die überaus zahlreich erschienenen Kollegen des Bezirks. Zunächst wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Sodann referierte Kollege Smolinski über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen, was eine längere Aussprache zeitigte, im allgemeinen aber mit Befriedigung entgegengenommen wurde. Der Referent gab in seinem Schlusswort der Hoffnung Ausdruck, daß es auch in unserm Gewerbe bald wieder aufwärts gehen möge. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurden Anträge der verschiedenen Ortsvereine des Bezirks behandelt sowie der Geschäftsbericht, Kassenericht, Bericht der Revisoren und der Vertrauensmänner entgegengenommen. Für die gute Führung der Geschäfte wurde dem Vorstand Entlastung erteilt und ihm Dank ausgesprochen. Die Wahl des Bezirksvorsitzenden fiel wie seit Jahren auch diesmal wieder auf unsern bewährten Kollegen Smolinski. Als nächster Tagungsort wurde Themas bestimmt. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten. — Anschließend fand gemeinsames Mittagessen statt, und der Nachmittags vereinte die Kollegen bei einem guten Glase Roburg.

Ronstanz. Unsere Bezirks-Generalversammlung am 16. März war sehr gut besucht. Das Andenken von zwei verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise geehrt. Von der Entgegennahme der Jahresberichte des Bezirksvorstandes sah man in Betracht der reichhaltigen Tagesordnung ab, da sie in vierzehn Tagen gedruckt vorliegen werden. Die Remuneration der Vorstanderschaft wurde einstimmig um 33 Proz. erhöht. Die Bezirksversammlung bestätigte die in der Ortsvereins-Generalversammlung wiedergewählte alte Vorstanderschaft. Das nun folgende anderthalbstündige Referat unseres Gauvorstehers Sandfort über das Ergebnis der Tarifverhandlungen wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion waren alle Kollegen einig in der Meinung, daß bei der gegenwärtigen schlechten Lage nicht mehr herauszuholen war. Unsern Gehilfenvertretern wurde Dank und Anerkennung für das Erreichte gezollt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse unserer Erwerbslosen nach wie vor aufrechterhalten bleiben muß. — Ein kollegiales Beisammensein am Nachmittags gab der Tagung einen harmonischen Abschluß.

Reichelf. Am 16. März fand hier eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, die sich mit dem letzten Manteltarifverabkommen befaßte und einen Bericht hierüber von der Bezirksvorlehrenkonferenz entgegennahm. Obwohl von einzelnen Diskussionsrednern die schwierige Lage unserer Vertreter gepörrigt wurde, die mit Händen und Füßen das zu verteidigen hatten, was man sich erwarb, herrschte eine allgemeine Beruhigung. Besonders bei den Kollegen, deren Ortsman durch den Abbau des Lokalaufschlages im Kreise II geschädigt hatte. Diese Verbitterung, die zeitweilig bis zur Siebeseige stieg, und in der man den Gehilfenvertreter stark zulegte, mußte durch den Vorsitzenden in gehärrigter Weise gedämpft werden. Wenn auch die Tarifverhandlungen nicht das gebracht haben, was man gern gewünscht hätte, so müßte man die schwierige Lage, in der sich unsere Vertreter befinden, berücksichtigen. Reinesfalls kann man sich aber zufrieden geben mit dem Abbau des Lokalaufschlages, der die Arbeitslosigkeit eines jeden ins Schwanken bringt, wie es sinngemäß in einer Resolution hieß, die nach langem Wortgefecht angenommen wurde.

Wienburg. Unsere hier abgehaltene gut besuchte Frühjahrss-Betriebsversammlung am 16. März, der eine Bezirks-Vertrauensmännerkonferenz voraus ging, wurde vom Vorsitzenden Wiesel mit der Ehrung eines verstorbenen Kollegen eingeleitet. Nach Begrüßung der Erschienenen gab der Vorsitzende einen Rückblick über das verflochtene Jahr 1929. Er streifte dabei die katastrophale Arbeitslosigkeit, das Abertunnenunwesen, den Wuppungss sowie das gesellschaftsschädigende Treiben der radikalen rechts- und linksstehenden Organisationen. Aber die letzte Bezirksvorlehrenkonferenz in Göttingen machte er einige Mitteilungen. Die Urwahl des Bezirksvorstandes ergab die Wiederwahl der jetzigen Kollegen auf ein weiteres Jahr. Am 18. Mai d. J. soll eine Besichtigung der Farbenfabrik von G. Hofmann-Steinberg G. m. b. H. in Celle stattfinden. Näheres in den „GauMitteilungen.“ Hierauf gab Kollege Thiede den Kassenericht. Einmütig erfolgte die Entlastung des Kassierers. Einer Anregung aus der Versammlung, den Kassenericht in Zukunft gedruckt erscheinen zu lassen, soll Bedingung getragen werden. Hierauf referierte Gauvorsteher Kunzler (Hamburg) über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen. In anderthalbstündiger Rede behandelte er eingehend die Veränderungen der Tarifbestimmungen und betonte, daß trotz manch offen gebliebenen Wunsch die Annahme des Tarifs in seiner jetzigen Fassung empfohlen werden kann. Mit größter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen und reicher Beifall wurde gezollt. Kollegen Wiesel (Wienburg) und Jordan (Harburg) sprachen gleichfalls für Annahme des Tarifs, und so konnte der Referent auf das Schlusswort verzichten. Ein Antrag des Ortsvereins Harburg-Wilhelmshagen wurde von der Versammlung angenommen und soll dem Gau empfohlen werden. Die nächste Bezirksversammlung soll in Ulzen stattfinden. Unter „Berühmtem“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Wienburg. Unsere Generalversammlung am 15. März hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Möge dies auch für die Folge so bleiben. Die Tagesordnung war eine reichhaltige, sie erledigte sich jedoch in rascher Folge. Zunächst gedachte Vorsitzender Weyrich zweier rasch aus dem Leben geschiedenen, um die Organisation verdienster Kollegen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Sodann berichtete Kollege Weyrich über die Bezirksvor-

fam, sagte man uns einfach ganz frech ins Gesicht, wir hätten unsern Photoapparat weggeworfen. Auf unserer ganzen Reise, die durch sechs Länder führte, waren wir nie im Besitz eines Apparats. Die Maßnahmen, die wir bei uns führten, waren alle gedruckte Postkarten, die wir uns in jeder Stadt gekauft hatten. Bei der Durchsichtung unserer Tagebücher fand ein Offizier plötzlich die Reiseinformationskarte, die jedem durchreisenden Kollegen vom jugoslawischen Verband ausgehändigt wird. Man erklärte uns, dies sei eine „strategische Zeichnung“. Unser Verteidigung wurde kein Gehör geschenkt. Einfach, deutlich und mit aller Vorsicht verfuhrten wir, dem Kommandanten Zweck und Ziel unserer Reise zu erklären. (Nicht durch unnötiges Schwafeln, wie man uns in der „Korr.“ Notiz vorhält.) Mittlerweile fand man verschiedene Presseausweise zwischen unsern Papieren. Es stimmt, daß zwei Kollegen für ausländische Zeitungen arbeiten. Aber auch hier wußten wir uns zu verteidigen, denn wenn man schon so viele Länder durchkreist hat, wie wir, wird man wissen, welche Schritte man zu tun hat in einer solchen Situation. Kurz und gut, wir wurden wegen Spionage verhaftet. Sämtliche Reiseunterlagen wurden beschlagnahmt, und eine Stunde später saßen wir hinter schweren Eisengittern.

Am anderen Morgen wurden wir bei Tagesgrauen von zwei Gendarmen mit ausgepflanzten Seitengewehren nach Belgrad ins Hauptgefängnis übergeführt. Von unserer grauenhaften Behandlung und den Szenen hinter den Gefängnismauern mögten wir hier nicht berichten. Unsere Berichte werden, wie gesagt, in anderer Form der Öffentlichkeit übergeben werden. Unsere Verteidigung vor dem Hauptpolizeipräfekten war wirkungsvoll. Auf Verteldigung des Konfals fehlten wir Bericht. Nach sechsjähriger Schmach wurden wir aus Jugoslawien ausgewiesen.

Artur E. Gärtn er.

Recherkonferenz in Mannheim. In kurzen, aber sachlichen Darlegungen schilderte er die großen Schwierigkeiten, denen unsere Unterhändler in mehrwöchigen Verhandlungen zum Neubeschluß unseres Tarifs begegneten. Die „Prinzipalswünsche“ scheiterten jedoch am jähem Willen der Gewerkschaften. Der auf der Konferenz zum Ausdruck gebrachten Willensänderung schloß sich die Versammlung an. In der hierauf erfolgten kurzen Diskussion machte ein Redner Gegenüberstellungen, insbesondere bei den Druckerbestimmungen und gewissen Protokollerklärunge, die man nicht zu Errungenschaften zählen könnte. Hierauf gab der Vorsitzende zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht verschiedene Ergänzungen bekannt. Der bekannte Beschluß der Prinzipalsorganisation, für jeden nicht eingestellten tariflich zulässigen Lehrling von seinem Mitgliedschein eine Geldstrafe von 100 M. zu erheben, wirkt geradezu zerschlagend auf das Gewerbe. Die Arbeitslosigkeit der Neuangelernten weist erschreckende Zahlen auf. 10.380 Arbeitslosentage und 7154 Krankheitsstage sind ein Beweis für die gewerbliche Niederlage in unserm Bezirk. 2200 M. wurden an durchreisende Kollegen vorausgibt. Die tariflichen Verhältnisse innerhalb des Bezirks sind geregelt. Jedoch glauben sich auch bei uns einzelne Prinzipale zu tariflichen Seitenleistungen berechtigt. Berücksichtigung zu unseren Gunsten ausgefallene Klagen am Arbeitsgericht waren die logische Folge. Ortsvereine, Sparten und Gewerkschaftsstellvertreter stehen zu dem Bezirksvorstand in guten Beziehungen. Der Warenaustausch scheint sich auch hier bei uns zu voller Blüte ausbreiten zu wollen. Der Kassenbericht lag gleichfalls gedruckt vor und Kassierer W a n n gab dazu einige Erläuterungen. Jahresbericht wie Kassenbericht fanden Genehmigung. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der gesamte Bezirksvorstand, mit Ausnahme eines Beisitzers, wurde wiedergewählt. Ebenso wiesen die übrigen Ämter keine nennenswerten Veränderungen auf. Unter „Beschließendem“ wurde von einzelnen Spartenvorsitzenden der Appell an die Kollegen gerichtet, den Sparten das notwendige Interesse entgegenzubringen.

Neudamm. Am 7. März fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, in der Kollege K e i n t e (Settin) über die Manteltarifverhandlungen referierte. In kurzen Zügen streifte er die Verhandlungen. Wenn auch den Wünschen und Anträgen der Kollegen nicht im entferntesten entsprochen worden sei, so könne man anderseits doch feststellen, daß einige kleine Verbesserungen erzielt wurden. Der Referent empfahl am Schluß seiner Ausführungen die Zustimmung zum neuen Manteltarif bei der Urabstimmung. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. An der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kollegen S c h r ö d e r, M a i n z, M e y e r (Neudamm) und B a u m g ä r t e l (Landsberg), die sich im wesentlichen auch für Annahme aussprachen. Um 9 Uhr wurde die äußerst stark besuchte Versammlung, an der auch Delegierte von Landsberg, Rüstlin und Soldin teilnahmen, geschlossen.

Waldheim. In unserer Versammlung am 12. März fand sich eine große Zahl Kollegen ein, um den Bericht des Gauvorstehers K o n i g (Halle) von den Tarifverhandlungen zu hören. Er faßte zweieinhalbstündigen Ausführungen schloß. Er den Gang der Tarifverhandlungen und empfahl uns die Annahme des Manteltarifs. Kollege S c h r ö d e r verlas die Entschließung der Bezirksleiterkonferenz in Halle, die sich ebenfalls für die Annahme aussprach. Nachdem noch verschiedene tarifliche Fragen durch den Referenten beantwortet worden waren, dankte ihm der Vorsitzende für seine sehr aufklärenden Ausführungen.

Hann. In unser Bezirk hielt am 16. März seine Bezirksversammlung ab. Der Gelangverein „Gutenberg“ bot den zahlreich erschienenen Kollegen einen beifällig aufgenommenen Willkommensruß. Nachdem zweier vorstehender Kollegen ehrend gedacht worden war, berichtete unser Gauvorsteher D e r t e l t (Chemnitz) über das Ergebnis der Tarifverhandlungen. In ausführlicher Weise behandelte er die Anträge der Prinzipale, die auf allen Gebieten des Tarifs große Verschlechterungen erstrebten. Daß aus diesem Grunde die Anträge der Gewerkschaft auf harten Widerstand der Unternehmer stießen, ist nicht verwunderlich. Wenn es trotzdem gelang, in einigen Tarifpositionen Verbesserungen durchzudrücken, so ist das anerkanntswert. Mit dem Hinweis darauf, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage kein anderes Ergebnis zu erzielen war, forderte der Referent die Kollegen auf, dem neuen Tarif zuzustimmen. Die fleißigsten Ausführungen des Kollegen D e r t e l t wurden durch reichen Beifall belohnt. Die Diskussion über den Bericht bewegte sich im großen und ganzen in zustimmendem Sinne, doch wurde es bedauert, daß im Interesse der arbeitslosen Kollegen eine Verzögerung der Arbeitszeit nicht zu erreichen war. Bezirksvorstehender S c h l e r e r gab nun einen zusammenfassenden Bericht über die einzelnen Ortsvereine. Daraus war zu entnehmen, daß fast überall große Arbeitslosigkeit herrscht, zum Teil auch Kurzarbeit eingeführt werden soll; weiterhin kam sehr Erbauliches aus verschiedenen Druckerzeilen zur Sprache. Die Wahlen gingen glatt vorstatten. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt, und zwar Kollege S c h l e r e r als erster Vorsitzender. Außerdem wurden zwei Kollegen in die Anstellungskommission für den Gau gewählt.

Neusburg. Am 16. März fand hier eine von über 100 Kollegen besuchte Bezirksversammlung statt. Nach Begrüßung der hiesigen und auswärtigen Kollegen erbatete der Vorsitzende B u c h h o f e r Bericht über die Manteltarifverhandlungen. In der Diskussion wurde bedauert, daß den Bestrebungen der Gewerkschaft, durch Verkürzung der Arbeitszeit arbeitslose Kollegen wieder in den Arbeitsprozess einzufügen, seitens der Prinzipalvertreter kein Verständnis entgegengebracht wurde. Unseren Vertretern sprechen wir den Dank und das Vertrauen für ihre geleistete Arbeit aus. Unser Johannisfest findet heuer mit den Kollegen von Nürnberg und Amberg statt.

Köln. In unserer am 14. März hier abgehaltenen Frühjahrs-Bezirksversammlung wurde zuerst ein von vier vorstehenden Kollegen ehrend gedacht. Ferner dankte Vorsitzender T e n n e n dem aus dem Amt geschiedenen langjährigen ersten Vorsitzenden Kollegen C. Steinberg für seine rühmliche Tätigkeit als Bezirksvorstehender. Neben der Erledigung örtlicher Angelegenheiten

wurden die Berichte aus den einzelnen Bezirksorten gegeben, die Beschäftigung war nicht immer bestrebtig. In tariflicher Hinsicht wurden keine Klagen geführt. Den Haupttagungspunkt bildete der Bericht des Gauvorstehers D a h n e (Schwerin) über die Tarifverhandlungen. Er berichtete über die einzelnen Anträge und Zusätze zum Manteltarif ausführlich. Daß die Arbeitszeitfrage keine Regelung brachte, wurde von den Disziplinarebene bedauert. Inmitten wurde die Bezirksversammlung von drei Vorträgen der Kollegen „Typographie“. Die Wahl des nächsten Tagungsortes blieb dem Vorstand überlassen. Die Versammlung war von 129 Kollegen besucht.

Saarbrücken. In einer äußerst stark besuchten Gauversammlung am 16. März erbatete Gauvorsteher S t ö r t Bericht über das Ergebnis der Manteltarifverhandlungen. In einem über zweieinhalbstündigen Referat schilderte er die ungeheuren Schwierigkeiten, die bei den diesmaligen Tarifverhandlungen zu überwinden waren. Durch die interessante Gegenüberstellung der einzelnen Paragraphen und der gegenseitigen Anträge wurde jedem Kollegen klar, daß die Unternehmer den aus der Not der Zeit geborenen Anträgen der Gewerkschaft weitgehende Verschlechterungsanträge gegenüberstellen, die manchmal in ganz harmlose Worte gekleidet waren. Als Kollege S t ö r t am Schluß seines Referats die Kollegenhaft aufforderte, für Annahme der neuen tariflichen Vereinbarung zu stimmen, da bewies der überaus starke Beifall, daß die Kollegenhaft hinter ihren Führer steht. An der Diskussion beteiligten sich acht Kollegen in zustimmendem Sinne. Aus der Mitte der Versammlung wurde folgende Entschließung eingebracht, die einstimmige Annahme fand: „Die am 16. März in Saarbrücken abgehaltene, äußerst zahlreich besuchte Gauversammlung spricht der Gewerkschaft bei den Tarifverhandlungen für die erfolgreiche Abwehr der Verschlechterungsanträge der Prinzipalität und für die unter den schwierigen Verhältnissen erreichten Verbesserungen den besten Dank aus und stimmt der Annahme des Tarifs zu.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Bildingen. In unserer außerordentlichen Versammlung am 16. März konnte Vorsitzender N e u g a r t außer dem Gauvorsteher S o n f o r t (Freiburg) die Kollegen der benachbarten Drucker Doonauhochingen, St. Georgen und Trüben, die sich zur Entgegennahme des Berichts über die Manteltarifverhandlungen erfreulicherweise in städtischer Anzahl eingefunden hatten, begrüßen. In äußerst interessanten Ausführungen schilderte Johann Kollege S a n d f o r t den Gang der Verhandlungen, wobei er das rabiate Vorgehen einzelner Prinzipalvertreter mit scharfen Worten geißelte. Zusammenfassend konnte der Referent konstatieren, daß die von Prinzipalseite gestellten und auf allgemeine und wesentliche Verschlechterung des Tarifs hinzuliefenden Anträge nicht nur abgelehrt, sondern dank der einmütigen und geistreichen Tätigkeit der Gewerkschaften einige Verbesserungen — herausgehoben werden konnten. Am Schluß wies der Referent auf die bevorstehende Urabstimmung hin und betonte, daß nach eingehender Prüfung und objektiver Beurteilung der gegenwärtigen Lage dem neuen Tarif die Zustimmung nicht verlagert werden könne. In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende dem Referenten für den ausführlichen Bericht sowie den Ehrenten für ihr reges Interesse an der Versammlung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Tarif sich zum Besten der Kollegen und des Gewerbes auswirken möge. — Den Abschluß der harmonisch verlaufenen Versammlung bildete ein gemächliches Beisammensein mit den auswärtigen Versammlungsleitern, wobei das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen der Schwarzwalddruckerie wiederum neu belebt wurde.

Allgemeine Rundschau

Achtung Lehrlingsabteilungsleiter! Die gewerkschaftliche Ausgabe des „Tungbuchdruckers“ vom 1. April eignet sich ihrem ganzen Inhalt nach vorzüglichst zur allgemeinen Aufklärung der neuereintretenden Lehrlinge und ihrer Eltern über die Zweite und Ziele der Lehrlingsabteilung unsres Verbandes. Aus diesem Grunde ist diese Nummer (7) bereits in etwas stärkerer Auflage gedruckt worden. Bei Bedarf von besonderen Werbeexemplaren für den gedachten Zweck wende man sich an die Verlagsabteilung des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker in Berlin SW 61, Dreibrückstraße 6.

Schleifeneinstellung und Anleitungsbeschluss betreffend. Wieder einmal sei darauf hingewiesen, daß nach § 129 der Gewerbeordnung nur solchen Personen das Recht zusteht, Lehrlinge auszubilden, die die Meisterprüfung abgelegt oder vor dem 1. Oktober 1879 geboren sind und die Anleitungsbeschluss durch behördliche Vereidung erhalten haben. Beim Abschluß eines Lehrvertrages muß auf diese gesetzlichen Vorschriften genau geachtet werden, wenn dem Lehrling kein Schaden erwachsen soll. In den Lehrverträgen zahlreicher Handwerksstammern sind Fragen nach der Ablegung der Meisterprüfung oder der Vereidung der Anleitungsbeschluss enthalten, die vom Lehrherrn beantwortet werden müssen. Trotzdem wird noch vielfach gegen die Gesetzesbestimmungen über die Anleitungsbeschluss verstoßen. Es kommt auch vor, daß Firmen, in denen die gesetzlichen Voraussetzungen für die Lehrlingsaufnahme nicht erfüllt sind, das Gesetz dadurch umgehen, daß sie junge Leute zur Ausbildung unter der Bezeichnung als Hilfsarbeiter, Arbeitsburschen und dergleichen einstellen. Derartige Fälle unerlaubter Lehrlingsaufnahme und -anleitung werden auf Antrag strafrechtlich verfolgt.

Benzolergänzungen in Druckerien. Im „Zentralblatt für innere Medizin“ besprach Dr. Brocher (Frankfurt a. M.) einen tödlich verlaufenen Fall von Benzolvergiftung bei einem Druckerarbeiter, die in ihrem Verlauf der Nierenmarkschwundsticht ähnelte. Die Untersuchung der übrigen Arbeiter dieser Druckerie ergab bei vier Fünfteln der Belegschaft eine Vermehrung der Nymphknoten im Blut und bei neun Zehnteln eine Knochenmarkvermehrung bei bestimmter Räumung der Neutrophile, das ist eine bestimmte krankhafte Veränderung der Blutkörperchen.

Bücherkistungen von Verlegern. Aus Anlaß des diesjährigen Tages des Buches, der unter dem Vorsitzenden Jugend und Buch“ stand, haben verschiedene Leipziger Verleger und 2500 Bücher im Werte von 8500 M. für die städtischen Schulen Leipzig, und zwar sowohl für die Volkshochschulen wie für die höheren Schulen, gestiftet.

Lohnkämpfe in Polen. Nach Angabe des Warschauer Statistischen Hauptamtes wurden im zweiten Vierteljahr 1929 in Polen insgesamt 210 Streiks registriert in 148 Betrieben, an denen 51.473 Arbeiter mit 443.452 Streiktagen beteiligt waren. Der kleinste Streik in dieser Zeit war ein solcher im graphischen Gewerbe mit drei Arbeitern in einem Betriebe und zweitägiger Dauer. — Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug am 8. März 287.000. Gegen die Vorwoche bedeutet das eine Zunahme von 1500. Die Arbeitslosigkeit ist am größten im Lodzer Zieglergewerbe, dann im Oberschlesischen Industriegebiet, aber auch den westlichen Städten, wo z. B. allein die Stadt Bromberg über 7000 Arbeitslose zählt.

Friedrich Engels als Sprachgenie. Eine interessante Studie über die Sprachkenntnisse des großen Sozialisten Friedrich Engels veröffentlichte kürzlich Georg Stolz in der wissenschaftlichen Monatschrift der Krager Arbeiterakademie (Zentrale der schlesischen Arbeiter-Bildungsvereine). Er weist darauf hin, daß Engels die meisten europäischen und viele orientalische Sprachen verstand und schrieb. Engels korrespondierte mit Russen, Polen, Dänen, Portugiesen in ihren Muttersprachen. Er schrieb nicht nur spanisch, sondern auch ein tadelloses Kastilianisch, und neben der italienischen Schriftsprache konnte er auch den Mailänder Dialekt. Außer dem Englischen beherrschte er das Frische. Friedrich Engels sprach aber auch Tschechisch. Er las tschechische Bücher und korrigierte sogar die erste tschechische Übersetzung des „Kommunistischen Manifestes“, die der im vorigen Jahre in Wien verlebende tschechische Sozialist Radimsky besorgte. Radimsky, der Engels um Autorisation seiner Übersetzung ersuchte, daß ihn gleichzeitig auf Anraten des Führers der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Viktor Adler, seine Übersetzung durchzusehen. Friedrich Engels sprach auch bei einer Versammlung in Wien im Jahre 1893 auf Wunsch tschechischer Arbeiter in ihrer Muttersprache. Das Bestreben, Nationen kennenzulernen und sich den einzelnen in der Arbeiter-internationale vereinigten Völkern zu nähern, führte Engels zum Studium so vieler Sprachen.

Lohnabnahmestrebungen des Unternehmertums. Dem unter Vorantritt der Unternehmer des gesamten Baugewerbes eingeleitete Lohnabbau auf der ganzen Linie schlossen sich neuerdings die tschechischen Unternehmer an. Der Landesauschuss tschechischer Arbeitgeberverbände hat an das Gesamtministerium eine längere Eingabe gerichtet, die verlangt, daß bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen vor den Schlichtungsinstanzen die Löhne herabgesetzt werden, „um auf weite Sicht das Gesamtarbeits-einkommen zu steigern und den Einzellohn in seinem inneren Wert zu erhöhen“. Von einer Herabsetzung der Gehälter der Direktoren und Generaldirektoren, der eifrigsten Beschäftigten der Lohnabbaubestrebungen, ist natürlich keine Rede.

1000 Wörter in der Minute. Zeitungsredaktionen zufolge hat ein englischer Erfinder lange Zeit hindurch die Fähigkeit der einzelnen Wörter in der englischen Handelskorrespondenz studiert und gefunden, daß etwa 1000 Wörter die Hälfte des ganzen Briefschreibens ausmachen, weniger als 400 Wörter für 90 Proz. der Sätze genügen, während man mit etwa 1000 Wörtern auskommt. Es soll nun eine Schreibmaschine konstruiert haben, die zwar für Sonderfälle in der Mitte auch noch die Tafeln mit Einzelbuchstaben trägt, im übrigen aber weit über 100 Tafeln aufweist, aus denen die gebräuchlichsten Wörter zusammengelegt werden können, so daß beim Niederdrücken einer Taste gleich ein ganzes Wort geschrieben wird. Auf diese Art ist eine Geschwindigkeit von 1000 Wörtern in der Minute zu erreichen.

Siegessäge der Schreibmaschine. Kein Zweifel, daß Schreibkräfte und Schreibfedern im Aussterben begriffen sind, wenigstens im geschäftlichen Verkehr. Für Amerika hat das heute schon seine volle Gültigkeit. Die Statistiken des amerikanischen Handelsministeriums beweisen es zur Genüge. Danach hat sich die Produktion an Schreibkräfte allein in den Jahren 1925 bis 1927 um 12 Proz. verringert; sie hat zwar noch immer den Gesamtwert von 3,3 Millionen Dollar, was aber schon beträchtlich weniger als die Hälfte des Wertes der Jahresproduktion vom Jahre 1900 ist. Dabei rechnen die Fabriken mit einer weiteren Beschleunigung dieses Tempos. Sie haben darum für die nächsten zehn Jahre einen Produktionsstopp aufgestellt, der eine ratenweise Verringerung der Herstellung um 60 Proz. des gegenwärtigen Standes vorsieht. Auch wissen die Tintenindustrien schon einen ausreichenden Ersatz für den Ausfall an Schreibkräfte: sie werden dafür noch mehr Druckerwärze produzieren. Der jährliche Verbrauch an Druckerwärze ist in Amerika seit dem Jahre 1925 um etwa 0 Proz. gestiegen und macht jetzt schon einen Gesamtwert von 34,5 Mill. Dollar aus. Dazu kommt noch die große Wahrscheinlichkeit, daß der Siegessäge der Schreibmaschine wohl Feder und Tinte verdrängen und das Schreiben mit der Hand fast völlig austrotten, aber gleichzeitig auch der Buchdruck weiter wachsen wird. Schreibmaschine, Sejmmaschine und Druckmaschine, sie, die schon heute die Herren im Geschäftsbetrieb sind, sie werden es erst recht in aller Zukunft sein.

Wieviel Gold gibt es? Die Frage, wieviel Gold es auf der Erde gibt, ist auf Grund neuer genauer Forschungen von dem Direktor des Bergwerksamtes der Vereinigten Staaten, Scott Turner, beantwortet worden. Zunächst stellte er fest, wieviel Gold seit der Entdeckung Amerikas gefördert worden ist. Dabei ergibt sich eine Menge von etwa 31.223 Tonnen. Mehr als die Hälfte dieser Gesamtmenge, die sich auf 435 Jahre verteilt, ist in den ersten 27 Jahren unsres Jahrhunderts gewonnen worden. Von der seit 1492 gefördertem Goldmenge sind heute noch etwa 14.525 Tonnen in Form von Münzen nachweisbar; das übrige ist anderweitig verarbeitet worden oder seitdem wieder verloren gegangen. Wie verhältnismäßig gering diese Goldmenge ist, geht daraus hervor, daß aus all dem Gold, das seit der Entdeckung Amerikas gewonnen worden ist, sich nur ein Würfel gießen ließe, der eine Kantenlänge von 11 1/2 Meter hätte.

Literarisches

„Aus der Werkstatt der Natur.“ Gemeinverständliche Einführung in die Naturwissenschaften von Hermann Trechler. Dieses Buch, das die Naturgeschichte...

„Der Buch.“ Von W. Trauen. Bereits im Jahre 1928 erschien in der Buchverlagsanstalt Wittenberg ein kleines Buch „Der Buch“, das einige Naturgeschichten enthält...

„Die Warenhäuser Schmalz.“ Instruktionen, Bearbeitet von A. Garbath. Verlag Heinrich Simmen (Wern). Preis 2,50 Pf. (Porto eingeschlossen)...

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erfindungen beim zuständigen Bauvorleger einzuziehen! Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation...

Versehene Eingänge

„Hellermanns Monatshefte.“ Illustrierte Zeitung der Gebildeten. 7. Jahrgang. Verlag von Georg Hellermann...

„Farbenkänge.“ Nach Annunzio G. Schwara. Lehrer an der 3. Berufsschule in Berlin. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker...

„Die Arbeit.“ Beiblatt für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgegeben von Theodor Schwarz...

Briefkasten

Hr. C. in W.: Zweiteilungsarbeiten dankend zurückhalten. Hoffentlich nun in 20. den richtigen Weg gezeigt...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1191, 3141-3145...

Adressenveränderungen

Brühl (Reg. Köln), Vertrauensmann: Jakob Eiperz, Wahnfriedstraße 16/1.

Sur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse): Im Gau Hamburg-Altona die Geber 1. Georg Kullig...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Wien. Der auf der Wanderarbeit befindliche Geber Wilhelm Helmig aus Duisburg (Arbeitsbuchnummer 08351) hat sich hier unter Jurisdiktion seines Verbandsbüros durch falsche Angaben 12 W. erwidelt...

Beclamungskalender

Dresden. Korrektorenversammlung Sonnabend, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr im kleinen „Zitanonsaal“ (Volkshaus). Eingangsbeitrag...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die sechsgespaltene Millimeterbreite für Stellenangebote und angebotene sowie für Anzeigen...

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächste Erscheinende Nummer. Anzeigenauftrag für den „Korrespondent“ möglich nur durch Einzahlung auf das Postkonto Berlin NW Nr. 26370

Ortsverein Grimma i. Sa. Am 31. Mai wollen wir im „Dorghotel“ (Schützenhof) unter 25jähriges Bestehen unter Mitwirkung von Mitgliedern des „Gutenberg“ Leipzig und der Stadtkapelle Grimma festlich begehen.

Ortsgruppe Berlin - BdDB Freitag, den 28. März, 20 Uhr, im kleinen Saale des „Berliner Klubhauses“, Ohmstraße 2: Demonstrationsvortrag „Was der Buchdrucker von der Buchbinderei wissen mußte“

Gautschbriefe in schöner, mehrfarbiger Ausföhrung, auf Wänterpapier gedruckt, liefert gegen Aufzahlung von 1,50 M. sofort. Best. auf das Postfachkonto Leipzig 6021 Verlag Julius Mäfer, Leipzig 1.

Züchtiger Akzidenzsetzer gesucht. Nur erste Kraft (möglichst Schreibberechtigung), sicher in Entwurf und Satz, Ansetzen oder Wäntschlitt, an stoffes Arbeiten gewöhnt. Bei zufriedenstellenden Leistungen Dauerstellung. 1902

Betriebsleiter gesucht! Vorkursgerichtete Tageslohn-ang mit Akzidenzbedarf sucht zum möglich baldigen Eintritt einen versierten Betriebsleiter der mit der Technik einer modernen Tageslohn-ang, mit der Salkulation von Zeitschriften verbundenen vertraut und der fähig auch komplizierte Situationen zu meistern vermag.

Elektronkliches scharfe Bildwiedergabe leichte Züchtung hohe Druckfestigkeit Volantene Se Aufklärungsschrift und Liefersantenmacherei durch Pyrophor-Metallgesellschaft A.G. Essen-Werden

4 Tage sind vergangen 4 seit dem Tag des Buches, vier Tage, und schon spricht niemand mehr von dem Ereignis. Die schönen Worte sind verhallt, die Werbeplakate für das Buch sind von lauten Anpreisungen überklebt. Was bleibt, das sind nur die überzeugenden Leistungen.

Arbeite mit, Kollege: ein neues für die Büchergilde Gutenberg

Am 18. März verstarb nach langjährigem Leiden unser lieber Kollege, der Ehefrau 1937 Karl Hull aus Karlsruhe, im Alter von 60 Jahren.

Schon wieder ist der Tod in unser Reihen eine Wunde. Am 19. März verstarb an Altersschwäche unser lieber Kollege, der Frau 1974 Theod. Voogarten im 69. Lebensjahre.

Gelt dem 1. April 1929 verstarb unsere lieben Kollegen und Mitglieder: Hermann Böse aus Hannover, 64 Jahre alt; August Kolemüller aus Hannover, 73 Jahre alt; Emil Dreyer aus Gelpo, 64 Jahre alt; Georg Nordahl aus Hannover, 41 Jahre alt; Wilhelm Conrad aus Hannover, 77 Jahre alt; Heinrich Jode aus Hannover, 68 Jahre alt; Emil Otto aus Hannover, 41 Jahre alt; Adolf Boogarten aus Hannover, 27 Jahre alt; Friedrich Kücken aus Göttingen, 62 Jahre alt; Julius Wachsmuth aus Elze, 75 Jahre alt; Paul Lange aus Bremen, 50 Jahre alt; Rudolf Clemens aus Hannover, 62 Jahre alt; Georg Dünning aus Hannover, 65 Jahre alt; Heinrich Meyer aus Hannover, 70 Jahre alt.

Formauftragwalzen Zerkleinern u. Unterlagene Walzmaschinenbenutzer Benzinkanonen Verlag des Bildungsverbandes der D.D.B., GmhH., Berlin SW 61

Nicht alle sind tot, deren Hügel sich hebt! Hochbelegt, im 81. Lebensjahre, schloß am 20. März unser lieber Freund und Kollege Adolf Bogonits

Unser bewährter Mitstreiter und langjähriger Parteikreisvertreter für den Kreis Sachse, Kollege Adolf Bogonits ist am 20. März im 81. Lebensjahre verstorben.

Am 21. März verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Ehefrau 1963 Louis Hennigs aus Goya, im Alter von 68 Jahren.

Am 21. März verstarb in Offenburg unser Kollege, der Korrektor 1966 Adolf Braun im Alter von 67 Jahren.

Nach langer Krankheit ist unser lieber Kollege, der Ehefrau 1934 Alth. Dambrowski im 67. Lebensjahre verstorben.